

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300182/8 - Ha

Linz, am 16. Juni 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz über die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Gütern mit der Eisenbahn (Eisenbahnbeförderungsgesetz - EisBefG - EBG);
Entwurf - Stellungnahme

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	31 - GE 1986
Datum:	18. JUNI 1986
Verteilt:	20. JUNI 1986 <i>le</i>

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

H. Klausgraber

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr versandten Gesetzentwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300182/8 - Ha

Linz, am 16. Juni 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz über die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Gütern mit der Eisenbahn (Eisenbahnbeförderungsgesetz - EisBefG - EBG);
Entwurf - Stellungnahme

Zu Zl. EB 2663-6-II/2-1986 vom 1. April 1986

An das

Bundesministerium für öffentliche
Wirtschaft und Verkehr

Radetzkystraße 2
1031 W i e n

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der do. Note vom 1. April 1986 versandten Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 3 Abs. 4:

Im § 3 Abs. 4 des vorliegenden Entwurfes ist vorgesehen, daß der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses vorübergehend Änderungen der Beförderungspflicht durch Verordnung vorsehen kann. Nach ständiger Rechtssprechung des Verfassungsgerichtshofes (vgl. VfSlg. 8280, 8330, 8389) muß im Gesetz zumindest bestimmt sein, von welchen objektiv feststellbaren Sachverhaltselementen die Behörde auszugehen hat. Die gegenständliche Bestimmung dürfte daher dem Art. 18 B-VG nicht gerecht werden.

- 2 -

Zu § 12 und § 14:

Die Vollziehung der angeführten Gesetzesstellen erscheint problematisch. Neben der völlig allgemein gehaltenen Definition "Personen, die auf Grund einer Krankheit stören würden" geht aus dem Gesetzentwurf nicht hervor, wer die Entscheidung darüber trifft, ob eine Krankheit stört oder nicht.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

